

dfi analyse

60 Jahre Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Sénat – Interview mit Senator Ronan Le Gleut – *Seite 1*

dfi information

Studienreise für französische Journalisten und Journalistinnen nach Berlin – *Seite 4*

Europa-Seminar in Brüssel – *Seite 6*

65. Jahreskongress von FAFA und VDFG in St. Brieuc: Energiewende in deutsch-französischer Perspektive – *Seite 7*

Neuerscheinungen – *ab Seite 8*

- Lehr- und Wanderjahre: Auslandsaufenthalt und Autonomiegewinn. Ergebnisse eines dfi-Forschungsprojekts in Kooperation mit dem DFJW
- dfi compact Nr. 18
- Frankreich Jahrbuch 2020
- AFA Nr. 36

Erklärvideos: Politische Teilhabe als Querschnittsthema des (bilingualen) Unterrichts in Deutschland und Frankreich – *Seite 11*

Französische Populärmusik in der BRD der 60er-Jahre: Vortrag im dfi – *Seite 12*

dfi service

Deutsch-französische Tage der Philanthropie: Expertentreffen – *Seite 13*

Ankündigung: Neues Deutschland – neues Deutschlandbild? – *Seite 14*

DFH/UFA: Dual, deutsch-französisch und europäisch studieren: eine tolle Chance – *Seite 15*

Impressum / Termine – *Seite 15*

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

► <http://www.dfi.de/storno>

60 Jahre Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Sénat Interview mit Senator Ronan Le Gleut

dfi analyse Vor zwei Jahren wurde die deutsch-französische parlamentarische Versammlung gegründet, in der jeweils 50 Abgeordnete aus Bundestag und Assemblée Nationale sitzen. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass auch der französische Sénat und der Bundesrat bei Gesetzgebungsverfahren eine wichtige Rolle spielen. Senator Ronan Le Gleut, Vorsitzender der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe, erläutert im Interview mit dfi-Direktor Frank Baasner Chancen und Grenzen der Zusammenarbeit beider Institutionen.



Senator Ronan Le Gleut. © privat

Herr Le Gleut, Sie sind seit fast einem Jahr Präsident der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe im Sénat. Was ist die Aufgabe dieser Freundschaftsgruppe?

Die deutsch-französische Freundschaftsgruppe des Senats wurde am 14. Juni 1961, also vor etwas mehr als 60 Jahren, von Alain Poher gegründet. Er war ihr erster Präsident, bevor er von 1968 bis 1992 als Präsident des Senats amtierte und 1969 und 1974 kommissarisch das Amt des Präsidenten der Republik ausübte. Heute ist die Freundschaftsgruppe Frankreich-Deutschland eine der 81 interparlamentarischen Freundschaftsgruppen, die den Senat mit den politischen und parlamentarischen Institutionen von 190 Staaten weltweit verbinden.

Mit 58 Senatoren aus allen Fraktionen des Senats ist sie natürlich eine der mitgliederstärksten Freundschaftsgruppen, was die Verbundenheit des Senats und seiner Senatoren mit den deutsch-französischen Beziehungen belegt.

Als privilegierte Instrumente der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten sind

die Freundschaftsgruppen wesentliche Akteure der parlamentarischen Diplomatie. Sie tragen dazu bei, die interparlamentarischen und institutionellen Beziehungen zu dem betreffenden Land zu stärken, einen engen und regelmäßigen Dialog über Themen von gemeinsamem Interesse zu pflegen und – im Falle der Gruppe Frankreich-Deutschland – einen Austausch über aktuelle europäische Themen zu führen.

Die deutsch-französische Freundschaftsgruppe hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, das gegenseitige Kennenlernen und das Verständnis für die tiefgreifenden institutionellen Unterschiede zwischen Frankreich, einem Zentralstaat mit einem auf einer starken Exekutive basierenden semipräsidentiellen System, und Deutschland, einem föderalen Staat mit einem auf Koalitionsbildung basierenden parlamentarischen System, zu fördern. Um effektiv zusammenarbeiten zu können, ist es in der Tat absolut unerlässlich, auf ein gutes Verständnis des Institutionengefüges eines jeden Landes hinzuwirken.

Fortsetzung von Seite 1



Sitz des Senats: Palais du Luxembourg, Paris. © wikimedia commons

Das parlamentarische System der Fünften Republik ist ein Zweikammersystem, d.h. es gibt ein Unterhaus (die Assemblée Nationale) und ein Oberhaus (den Senat), die in direkten bzw. indirekten allgemeinen Wahlen gewählt werden und sich die gesetzgebende Gewalt teilen. In Deutschland ist die Situation anders, denn der Bundesrat, Ihr Partner, setzt sich aus Vertretern der Regierungen der 16 Bundesländer zusammen. Wie können Sie zusammenarbeiten, wenn die Unterschiede so groß sind?

Im französischen Zweikammersystem ist der Senat, der sich aus 348 Senatoren zusammensetzt, die in allgemeinen, indirekten Wahlen gewählt werden, de facto eine Versammlung, die der Assemblée Nationale gleichgestellt ist. Die Regierung entscheidet, ob sie einen Gesetzesentwurf zuerst im Senat oder in der Assemblée Nationale einbringt. Gemäß Artikel 39 der Verfassung ist sie lediglich verpflichtet, die Gesetzesentwürfe zum Haushaltsgesetz und zur Finanzierung der Sozialversicherung zuerst in

die Assemblée Nationale, und Gesetze, deren Hauptgegenstand die Organisation der Gebietskörperschaften ist, zuerst in den Senat einzubringen. Im Zeitraum 2019-2020 wurden 47 % der Gesetzesentwürfe zuerst im Senat eingebracht.

Die parlamentarische Arbeit ist im Senat genauso organisiert wie in der Assemblée Nationale, sei es bei der Ausschussarbeit oder in den öffentlichen Sitzungen. Die Senatoren haben dieselben Vorrechte wie die Abgeordneten (Prüfung von Texten, Einreichung von Änderungsanträgen, Gesetzesentwürfen, Kontrollgremien usw.), wobei die Regierung jedoch die Möglichkeit hat, der Assemblée Nationale das „letzte Wort“ zu erteilen, wenn bei einem Entwurf nach einer Sitzung eines paritätisch besetzten Vermittlungsausschusses und einer erneuten Lesung des Textes in beiden Kammern weiterhin Uneinigkeit herrscht. In der Fünften Republik wurden durchschnittlich 87,5 % der Texte nach einer Einigung zwischen dem Senat und der Assemblée Nationale angenommen.

Dank der von ihm eingebrachten Änderungsanträge hat der Senat einen großen Einfluss auf die endgültige Fassung der Gesetzestexte, da sich normalerweise die Mehrzahl der im Senat beschlossenen Änderungen auch in dem verabschiedeten Gesetz wiederfindet. Über seine gesetzgeberischen Aufgaben hinaus kontrolliert der Senat auch die Tätigkeit der Regierung – zum Beispiel durch Befragungen der Regierung, durch die Arbeit seiner ständigen Ausschüsse oder die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen – und trägt zur Bewertung der beschlossenen Politiken bei.



Gebäude des Bundesrates in Berlin. © Bundesrat

Fortsetzung von Seite 2

Obwohl die institutionellen Rahmenbedingungen in Frankreich und Deutschland also sehr unterschiedlich sind, hindert dies den Senat und den Bundesrat keineswegs daran, sehr eng und regelmäßig zusammenzuarbeiten.

Diese Zusammenarbeit findet auf der Ebene der Präsidenten, der Ausschüsse und der Freundschaftsgruppen, aber auch im Rahmen gemeinsamer interparlamentarischer Kooperationsmaßnahmen und auf den Verwaltungsebenen beider Institutionen statt.

Die gemeinsame Erklärung von Senat und Bundesrat, die am 19. März 2019, zwei Monate nach dem Aachener Vertrag, von den Präsidenten der beiden Institutionen unterzeichnet wurde, hat der Zusammenarbeit zwischen Senat und Bundesrat neue Impulse gegeben. In der Erklärung wird zur „Vertiefung der institutionellen Beziehungen und der persönlichen Kontakte zwischen den beiden Institutionen, ihren Organen und Instanzen“ aufgerufen. Sie sieht dazu verstärkte Treffen auf den verschiedenen Ebenen vor.

Diese enge Zusammenarbeit spiegelt sich auch in Kooperationsprojekten wider, die gemeinsam in einem multilateralen Rahmen durchgeführt werden, insbesondere im Rahmen der europäischen Unterstützungsprogramme für andere Parlamente (Marokko, Elfenbeinküste, usw.).

2019 unterzeichneten Frankreich und Deutschland den Vertrag von Aachen. Im selben Jahr beschloss der Bundestag und die Assemblée Nationale ein Abkommen zur Gründung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung – eine sehr innovative und weltweit einzigartige Initiative. Wie könnte der Senat sich dieser Versammlung anschließen?

Persönlich finde ich es natürlich bedauerlich, dass der Senat nicht Teil dieser Versammlung ist. Da der Senat eine der beiden Kammern des französischen Parlaments ist, hätte sich eine „parlamentarische Versammlung“ logischerweise aus französischen „Parlamentariern“, also aus Abgeordneten und Senatoren zusammensetzen müssen. Bis jetzt handelt es sich jedoch um eine Versammlung, die sich aus Mitgliedern der Assemblée Nationale und des Bundestages zusammensetzt.

Auch wenn es sich in der Tat um eine sehr innovative Initiative handelt und – wie ich betonen möchte – um ein wertvolles Instrument, das der deutsch-französischen Zusammenarbeit neuen Schwung verleiht, würde diese Versammlung, die für die Überwachung der Umsetzung der Verträge



Treffen am 7. Mai 2021: Bundesratspräsident Reiner Haseloff und die Vorsitzenden der Freundschaftsgruppen Tobias Hans und Ronan Le Gleut. © Bundesrat | Sascha Radke

zwischen Frankreich und Deutschland zuständig ist, von der Sachkenntnis der Senatoren in diesem Bereich profitieren, denn der Senat verfügt über umfassende Kompetenzen im Bereich der Kontrolle der Außenpolitik.

Da die Aufgabe dieser Versammlung darüber hinaus auch darin besteht, gemeinsame Beschlüsse vorzuschlagen und einen Prozess der gemeinsam entwickelten Gesetzgebung zu erleichtern, wäre der Beitrag der Senatoren wertvoll, insbesondere, wenn die behandelten Themen vollständig in den Zuständigkeitsbereich des Senats fallen.

Ich persönlich fände es daher sehr wünschenswert, wenn der Senat an der Arbeit dieser Versammlung beteiligt würde, da dies – abgesehen vom französischen Zweikammersystem und der Frage der Vorrechte der einzelnen Organe – auch die Wirksamkeit der von dieser Versammlung getroffenen Entscheidungen erhöhen würde. Letztendlich ist nämlich ohne die Zustimmung des Senats keine legislative Umsetzung ihrer Initiativen möglich. Die Teilhabe der Senatoren würde es auch ermöglichen, im Rahmen der zahlreichen Kontrolltätigkeiten dieser deutsch-französischen Versammlung, insbesondere bei den regelmäßigen Anhörungen der französischen und deutschen Minister, einen ergänzenden Standpunkt einzunehmen.

Wie sieht die Agenda zwischen dem Senat und dem Bundesrat für das nächste Jahr aus? Frankreich hat die EU-Ratspräsidentschaft inne und Deutschland führt den Vorsitz der G7 ... es wird also keinen Mangel an Themen geben.

Genau, und wir werden nicht bis 2022 warten, um uns zu treffen! Die nächste Arbeitssitzung der Freundschaftsgruppen von Senat und Bundesrat wird Anfang Dezember 2021 in Berlin stattfinden und uns die Möglichkeit geben, uns über die wichtigsten Themen dieser Vorsitze auszutauschen. Wir wollen auch an dem Thema der dezentralen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland arbeiten. Da der Senat und der Bundesrat die französischen Gebietskörperschaften bzw. die deutschen Bundesländer vertreten, könnten die beiden Freundschaftsgruppen gemeinsam die deutsch-französische dezentralisierte Zusammenarbeit unterstützen, um die gemeinsamen Beziehungen überall in Frankreich und Deutschland zu stärken.

Herr Le Gleut, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Frank Baasner, Direktor des dfi. ▶ baasner@dfi.de

Ronan Le Gleut, der seit mehr als zwanzig Jahren in Deutschland lebt, wurde am 24. September 2017 in den französischen Senat gewählt und vertritt mit elf Kollegen die 3,5 Millionen im Ausland lebenden Franzosen. 2020 wurde er zum Präsidenten der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe im Sénat gewählt. Innerhalb der Partei *Les Républicains* wurde er zum stellvertretenden Generalsekretär ernannt, der für die Beziehungen zu ausländischen politischen Parteien zuständig ist.

Quo vadis Deutschland?

Studienreise für französische Journalistinnen und Journalisten nach Berlin



*Teilnehmende des Klimastreiks am 24. September vor dem Reichstag.
© dfi*

Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa wurde der Ausgang der Bundestagswahlen mit Spannung erwartet. Unmittelbar vor der Entscheidung konnten sich die Teilnehmenden einen Eindruck von der Stimmung im Land verschaffen.

Welche Themen haben den Wahlkampf bestimmt (und welche nicht)? Wie steht Deutschland nach 16 Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel da? Welche Aufgaben erwarten die neue Regierung?

Auf dem Programm standen Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verbänden, Gewerkschaften und Think Tanks, die jeweils ihre Sichtweise zu den drängendsten Baustellen lieferten.

Da wären zunächst die ökologische Transformation und die Digitalisierung. Vor allem die Industrie und damit auch das deutsche Exportmodell stehen unter erheblichem Erneuerungsdruck. Wird es gelingen, in den nächsten Jahren die Weichen für eine substantielle Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu stellen? Und wie kann die Umstellung auf grüne Technologien ohne massive Arbeitsplatzverluste gelingen?

Vertreter der IG Metall und des Verbands der deutschen Automobilindustrie (VDA) schilderten, wie Unternehmen und Gewerkschaften diese

Anpassungsprozesse meistern wollen und welche Rolle dabei nach ihrem Dafürhalten der Politik zukommt. Diese wurden ergänzt und eingeordnet von Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Claus Tigges, Präsident der Bundesbank-Hauptverwaltung für Berlin und Brandenburg.

Dabei ging es auch um die grundsätzliche Frage, wo das Geld für die Investitionen herkommen soll, die vor allem im kommenden Jahrzehnt erforderlich sein dürften. Ist unter diesen Umständen eine schnelle Rückkehr zur Schuldenbremse möglich? Soll es allein der Markt richten oder braucht es eine stärkere Lenkungsfunction des Staates?

Ein weiteres Thema, das sich durch mehrere Gespräche zog, war die demographische Entwicklung in Deutschland und ihre Folgen. Die Alterung der Gesellschaft wirft Fragen sowohl zur langfristigen Finanzierung des Rentensystems als auch zur Bewältigung des Fachkräftemangels auf. Dieser macht sich schon heute in vie-

len Branchen stark bemerkbar und wird sich in den nächsten Jahren noch einmal deutlich verschärfen. Es besteht weitgehend Einigkeit, dass vor diesem Hintergrund eine verstärkte Einwanderung erforderlich ist, doch bezüglich der hierzu notwendigen politischen Rahmenbedingungen gehen die Meinungen naturgemäß auseinander.

Schließlich ging es um die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Claudia Major von der



Marcel Fratzscher, Präsident des DIW, im Interview.

© dfi

Fortsetzung von Seite 4



Wahlplakate in der Leipziger Straße. © dfi

Stiftung Wissenschaft und Politik und Botschafter Boris Ruge von der Münchner Sicherheitskonferenz schilderten ihre Sicht auf die internationale Gemengelage und die unterschiedlichen Positionen der politischen Parteien zur Außen- und Sicherheitspolitik. Im Gespräch mit Staatsminister Michael Roth (SPD) standen vor allem die deutsch-französische Kooperation und gesamt-europäische Fragestellungen im Mittelpunkt.

Die Diskussionen mit weiteren Vertreterinnen und Vertretern politischer Parteien (CDU, Grüne, Die Linke, AfD) boten den Teilnehmenden der Studienreise die Gelegenheit, deren im Wahlkampf bezogenen Positionierungen zu vielen der aufgeworfenen Themen abzufragen.

Eingerahmt wurde das Programm durch einen Empfang in der französischen Botschaft zu Beginn der Woche und ein Hintergrundgespräch mit Regierungssprecher Steffen Seibert, der interessante Einblicke in seine elfjährige Tätigkeit an der Seite von Angela Merkel lieferte. Zudem fand in der Woche eine vom Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) organisierte deutsch-französische Veranstaltung statt, die sich mit Fake News und der Gefahr, die sie für unsere Demokratien darstellen könnten, beschäftigte.

Diese Reise war der Auftakt eines neuen Projekts, das vom dfi mit Unterstützung des DFJW durchgeführt wird, und mit dem wir an eine jahrzehntelange Tradition von Journa-

listenprogrammen anknüpfen. Es richtet sich an junge Journalistinnen und Journalisten aus Frankreich und Deutschland mit einigen Jahren Berufserfahrung. Im Frühjahr kommenden Jahres werden sich alle Teilnehmenden aus beiden Ländern zu einem Seminar in Straßburg treffen. Anlässlich der französischen Präsidentschaftswahlen werden die Vertreterinnen und Vertreter deutscher Medien dann einige Tage in Paris verbringen.

Dominik Grillmayer
 ▶ grillmayer@dfi.de



Die Gruppe zu Besuch bei Botschafter Boris Ruge, Vizepräsident der Münchner Sicherheitskonferenz. © dfi



Die Gruppe vor dem Berliner IG Metall-Gebäude. © dfi

Avec le soutien de
 Mit Unterstützung des

OFAJ
 DFJW

Europaseminar für Stipendiatinnen und Stipendiaten der Gips-Schüle-Stiftung in Brüssel und Umgebung



Die Gruppe vor dem Brüsseler Rathaus. © dfi

Rue Royale/Königsstraat – wer zum ersten Mal nach Brüssel reist, staunt sicher über die zweisprachigen Anzeigetafeln und Straßenschilder, die im gesamten Stadtbild anzutreffen sind. Obwohl wir uns nicht in einem „klassischen“ Grenzgebiet befinden, sind die französische und flämische Sprache überall präsent. Es bleibt nicht bei diesem ersten Staunen.

Das seit drei Jahren bewährte Format eines Europaseminars für StipendiatInnen der Gips-Schüle-Stiftung führte uns in diesem Jahr nach Brüssel und Umgebung. Grundsätzlich ist es das Ziel der Seminare, den Teilnehmenden Einblicke in europäische Partnerländer Deutschlands zu geben. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir Gespräche mit Vertretern aus unterschiedlichsten Institutionen

„Besonders gut und lobenswert fand ich die abwechslungsreiche Gestaltung des Programms. Alle Programmpunkte bzw. Vorträge waren sowohl zeitlich als auch inhaltlich sehr gut aufeinander abgestimmt, wodurch zu keiner Zeit Hektik oder Langeweile aufkam. (...)“ Simon

organisieren, aber auch durch Besuche und Besichtigungen interessanter Orte.

In Brüssel haben wir uns zunächst das recht komplexe und nicht ganz einfach zu verstehende politische System Belgiens erklären lassen. Man kommt immer wieder ins Staunen. Die Vielschichtigkeit des Systems sieht man quasi im Vorbeigehen: hier entdeckt man das Parlamentsgebäude der belgischen Föderation,

„Ich bin als aus Kurdistan geflüchteter neu eingebürgerter stolzer Deutscher zu der Reise gefahren und komme als überzeugter Europäer zurück.“ Joudi

gegenüber steht der Königspalast, dort ist das Parlament der wallonischen Region und auch das der französischsprachigen Gemeinschaft. Zuständig-

keiten sind auf die unterschiedlichen Ebenen verteilt, alle Institutionen arbeiten autonom. Dass eine effiziente Zusammenarbeit im Land und der Stadt dennoch möglich ist, hat uns der stellvertretende Bürgermeister von Brüssel versichert. Das Gespräch im beeindruckenden Ratssaal des Stadtrats zählt sicherlich zu einem der Highlights unserer Begegnungen. Ebenso eindrucksvoll war

Straßenschild in Brüssel.
© dfi

Im Kohleschacht der Blegny Mine in Wallonien. © dfi

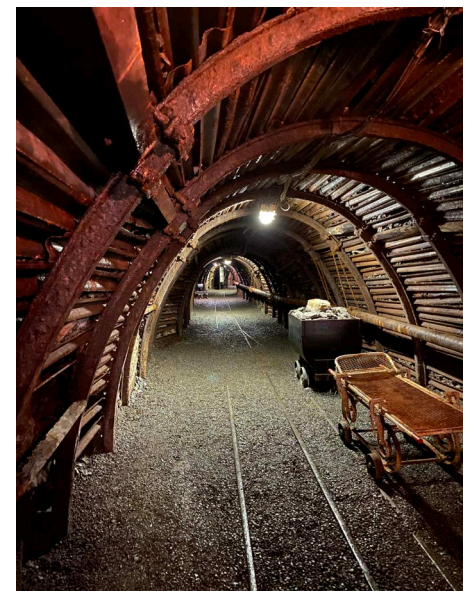


das Treffen mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien. Er hat neben seinen unterhaltsamen Ausführungen zu seinem abwechslungsreichen Lebenslauf u.a. darauf hingewiesen, dass sich die in Belgien auch existierende deutschsprachige Gemeinschaft (knapp 78.000 Einwohner) wiederum in zwei Dialektgruppen unterteilt. Weiterhin berichtete er über ein Forschungsprojekt, bei dem es um eine deutliche Reduzierung der Strahlung von hochradioaktivem Atommüllabfall geht.

Zu Belgien gehört neben der sprachlichen und politischen Komplexität aber auch, dass sich die Regionen Flandern und Wallonien wirtschaftlich voneinander unterscheiden. Eine Stadtführung gab uns Eindrücke zur (architektonisch) be-

deutenden flämischen Präsenz in Brüssel. Eine Exkursion nach Wallonien zeigte uns die einst große Bedeutung des Kohleabbaus.

Selbstverständlich haben wir uns aber auch mit den Institutionen und Realitäten der Europäischen Union in Brüssel auseinandergesetzt. Hierbei konnten wir viel über konkurrierende Zuständigkeiten, Interessenskonflikte und viel-



Fortsetzung von Seite 6

schichtige Kommunikationsprozesse erfahren. Mitarbeitende aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission, aber auch ein Journalist und eine Dolmetscherin gaben uns ein eindrückliches Bild von den besonderen Abläufen innerhalb und zwischen den Institutionen, aber auch nach außen in die jeweiligen Mitgliedstaaten hinein.

Besonders im Gedächtnis bleiben wird allen Beteiligten die Simulation einer ReferentInnen-Sitzung zum Thema „Steigende Energiekosten“.



Vor dem Europäischen Parlament. © dfi



In der Landesvertretung Baden-Württembergs in Brüssel. © dfi

Mit Original-Statements von EU-Abgeordneten ausgestattet, war die Aufgabe, in einer Diskussion einen Kompromiss für einen Entschließungsantrag zu finden. Sehr realistisch wurde uns auch hier die Schwierigkeit der täglichen Arbeit vor Augen geführt. Einen solchen Kompromiss zu finden, ist harte Arbeit.

„Ich fand es sehr informativ, lehrreich und interdisziplinär. Es hat mir enorm geholfen, die komplexe Dynamik der EU zu verstehen.“ Samuel

Das Fazit der jungen NachwuchswissenschaftlerInnen aus unterschiedlichsten Disziplinen lautet: „Wir haben gelernt, Europa ist komplex“. Trotz allem Staunen und Wundern versichern die Teilnehmenden, sich auch weiterhin aktiv für Europa einsetzen zu wollen. Damit hätten wir eines der Ziele erreicht, die hinter der Idee dieser Europaseminare stehen.

Susanne Binder ▶ binder@dfi.de

65. Jahreskongress von FAFA und VDFG in St. Brieuc Energiewende in deutsch-französischer Perspektive

Die beiden Dachorganisationen für kommunale Partnerschaften, die **Fédération des associations franco-allemandes pour l'Europe (FAFA)** und die **Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa (VDFG)** hatten zu ihrem **65. Jahreskongress** geladen.

Vom 14. bis 17. Oktober waren Hunderte von Gästen aus Deutschland und Frankreich nach St. Brieuc gekommen, um sich mit dem aktuellen Thema der „Energiewende“ in deutsch-französischer Perspektive zu

befassen, sich auszutauschen und die Arbeit in den Städtepartnerschaften zu diskutieren. Am Ende des Kongresses stand ein von dfi-Direktor Frank Baasner moderiertes Podium „L'Europe des citoyens“ unter Beteiligung von Franziska Brantner, Frédéric Petit, Marion Gaillard, Anne Tallineau und Edmond Hervé.

Der nächste Jahreskongress wird in Dortmund stattfinden, 2023 ist Versailles Gastgeber.

Frank Baasner
▶ baasner@dfi.de



Das Podium: vor Ort und zugeschaltet. © M. Mehdorn

Neuerscheinungen

„Lehr- und Wanderjahre“:

Ergebnisse eines dfi-Forschungsprojekts in Kooperation mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW)

Nach drei Jahren Forschungsarbeit hat ein deutsch-französisches Forscherteam am dfi nun die Ergebnisse seiner Untersuchung publiziert: Welchen Einfluss hat ein berufsorientiertes Praktikum im Partnerland auf den Lebensweg und die berufliche Karriere der betroffenen Person?

Die vom Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) finanzierte Untersuchung konzentrierte sich dabei auf eine repräsentative Auswahl von 1.321 Jugendlichen aus Frankreich und Deutschland, die zwischen 2013 und 2017 ein berufsorientiertes Praktikum im Partnerland verwirklichen konnten und dabei vom DFJW unterstützt wurden. Von besonderem Interesse waren einerseits ihr Einstieg ins Berufsleben, andererseits die Persönlichkeitsbildung, die im Zusammenhang mit dem Praktikum stattfand und deren Auswirkungen sich später im Lebenslauf zeigten.

Durch einen innovativen Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Verfahren und die computergestützte Auswertung von über 1.300 Praktikumsberichten erlaubt die Studie sowohl eine Querschnittsanalyse (deutsch-französischer Vergleich, Vergleich zwischen Teilnehmenden in Ausbildung und Studium etc.), als auch eine Längsschnittanalyse (Vorher-Nachher-Vergleich). Dabei wurden für den Zeitraum 2013-2017 Praktikumsberichte, Feedback-Fragebögen und andere administrative Daten statistisch erfasst, um die demographischen und sozialen Merkmale der Teilnehmenden herauszuarbeiten. Dazu wurde über die inhaltsanalytische Auswertung der Praktikumsberichte das subjektive Erleben und die Wahrnehmung des Auslandsaufenthalts analysiert. Zweitens wurden über einen Fragebogen einige Jahre nach dem Auslandspraktikum der weitere Lebensweg und der Einstieg in die Arbeitswelt der Gruppe untersucht. Drittens führte die Forschergruppe eine Anzahl qualitativer Einzel- und Gruppeninterviews mehrere Jahre nach dem Praktikum durch, um die Ergebnisse zu vertiefen und zu validieren.

Kontext und Relevanz

Berufliche Mobilität von Jugendlichen ist ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-französischen Beziehungen und ein wichtiger Baustein des europäischen Projekts. Das DFJW bemüht sich bereits seit vielen Jahren, mehr Möglichkeiten für berufsorientierte Praktika im Partnerland zu schaffen. Dabei sind alle Ebenen der Berufsbildung angesprochen, von der dualen Ausbildung und dem *Lycée professionnel* (schulische Berufsbildung) bis zum Bachelor und der *licence*, mit dem Ziel, eine deutsch-französische Arbeitskultur zu etablieren. Daneben können auch Jugendliche bis zum Masterstudium in ihren beruflichen Projekten gefördert werden, bspw. angehende Mediziner oder Anwältinnen.

Das dfi untersucht seinerseits bereits seit 2013 die Bedingungen, unter denen junge Menschen die Angebote zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung wahrnehmen. Seit 2015 hat das dfi außerdem, in Umsetzung seiner Erkenntnisse, das Pilotprojekt zur beruflichen Bildungskooperation ► „Azubi-Bacpro“ beratend begleitet.

Das deutsch-französische Forscherteam wollte nun herausfinden, unter welchen Bedingungen die vom DFJW geförderten Praktika eine richtungsweisende Erfahrung im Hinblick auf den beruflichen Werdegang der Teilnehmenden dar-

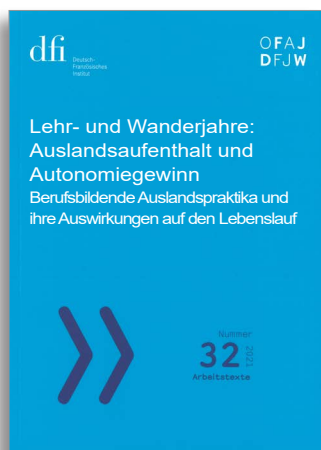


*Arbeitstreffen:
Vincent Goulet (DFJW) und Stefan Seidendorf (dfi).
©dfi*

stellen. Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen sozialen Profile der Teilnehmenden herausgearbeitet werden, um Zusammenhänge zwischen persönlichem und sozialem Hintergrund, Zugang zu und Wahrnehmung der beruflichen Praktika aufzuzeigen. Daraus ergaben sich u.a. Erkenntnisse, wie die entsprechenden Angebote besser auf das jeweilige Zielpublikum ausgerichtet werden können. „Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf“, die im Rahmen deutsch-französischer Programme häufig unterrepräsentiert sind, kam dabei ein besonderes Augenmerk zu.

Ergebnisse

Die durchgeführte Analyse lässt nun empirisch validierte Aussagen zu. Sie zeigt: Vom DFJW geförderte, berufsbildende Praktika im Partnerland zeichnen sich durch eine sehr große gesellschaftliche Vielfalt und Bandbreite der Teilnehmenden aus. Der sonst oft zu beobachtende Effekt einer Beschränkung auf (ökonomisch, kulturell, sozial) privilegierte Jugendliche zeigt sich hier nicht. Die Praktika werden von der großen Mehrheit der Teilnehmenden (sehr) positiv wahrgenommen. Sie führen zu Fortschritten in der Fremdsprache und in den beruflichen Kompetenzen und werden (subjektiv) insbesondere wegen der Emanzipation aus den eigenen Verhältnissen und der Möglichkeit zur Persönlichkeitsentfaltung geschätzt.



Fortsetzung von Seite 8

Die empirische Analyse zeigt die Existenz dreier Gruppen. Sie lassen sich unterscheiden über ihr Alter, den Bildungshintergrund und die Praktikumsdauer der Teilnehmenden, aber auch über die jeweiligen Ausbildungs- und Studiengänge und die damit verbundenen Anforderungen an ein Praktikum. Auch die soziale Lage der Teilnehmenden vor dem Praktikum und die deutsch-französischen Vorerfahrungen und Sprachkenntnisse entscheiden über die Zugehörigkeit zu einer der drei Gruppen.

Je nach Gruppe spielen deutsch-französische Strukturen und Netzwerke bei der Praktikumsanbahnung und -organisation eine unterschiedliche Rolle und werden verschieden genutzt.

Dabei ergeben sich jedoch über alle Unterschiede hinweg vergleichbare Erfahrungen im Hinblick auf Persönlichkeitsbildung, Emanzipation und Autonomiegewinn. Ausschlaggebend dafür sind spezifische soziale Kompetenzen, die im fremden kulturellen Umfeld nützlich sind und sich während des Praktikums entwickeln. Neben Offenheit und Veränderungsbereitschaft fördert der Auslandsaufenthalt

insbesondere die Fähigkeit des Umgangs mit anderen, fremden Menschen. In dieser Schlüsselkompetenz „Umgang mit Anderen“ besteht sogar ein systematischer statistischer Zusammenhang zwischen entsprechenden Verhaltensweisen, dem subjektiven Wissen der Teilnehmenden über die Fortschritte, die sie in diesem Bereich gemacht haben, und der Anzahl und Dauer ihrer Auslandserfahrungen.

Je nach Gruppe werden diese Erfahrungen jedoch unterschiedlich genutzt, eher als eine Art von „Initiationsritus“, verbunden mit vor allem persönlicher Erfahrung und Mehrwert vor dem Eintritt ins Berufsleben, oder aber als besondere berufliche Ressource („interkulturelles Kapital“), die den Einstieg in eine europäische oder internationale Karriere ermöglicht.

Veröffentlichung

Die Ergebnisse der Studie wurden auf Französisch und Deutsch als „DFJW-Arbeitstext 32“ veröffentlicht. Sie liegen zum Download als PDF oder als gedrucktes Buch vor. Außerdem hat das Forscherteam eine Reihe von Zusammenfassungen formuliert, die ebenfalls im PDF-Format vorliegen:

- Stefan Seidendorf, Vincent Goulet, Susanne Binder (2021): ▶ Lehr- und Wanderjahre: Auslandsaufenthalt und Autonomiegewinn – Berufsbildende Auslandspraktika und ihre Auswirkungen auf den Lebenslauf. DFJW-Arbeitstext Nr. 32, Berlin-Paris: DFJW-OFAJ (gesamte Studie auf Deutsch)
- ▶ Kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des DFJW-Arbeitstextes Nr. 32
- ▶ Zusammenfassung der Ergebnisse des DFJW-Arbeitstextes Nr. 32
- ▶ Ausführliche Zusammenfassung der Ergebnisse des DFJW-Arbeitstextes Nr. 32

Ansprechpartner:

Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de

Deutsch-französische Austausch- und Kooperationsprogramme der Robert Bosch Stiftung: Ertrag und langfristige Wirkung

dfi compact Nr. 18 ist im Juli 2021 erschienen

Was „bringen“ deutsch-französische Austauschprogramme? Und wem „nutzen“ sie? In welcher Weise?

Mehr als 50 Jahre bildeten die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich einen Förderschwerpunkt der Robert Bosch Stiftung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Anlässlich der Neuausrichtung der Stiftung und der damit verbundenen Einstellung aller bilateralen Förderprogramme stellt sich die Frage nach der „langfristigen Wirkung“ der größeren Projekte der Stiftung. Welche individuellen und gesellschaftlich-kollektiven Effekte lassen sich zeigen?

Verschiedene Projekte, darunter der Deutsch-Französische Zukunftsdialog, Journalistenprogramme, verschiedene Angebote zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und Programme im Bildungsbereich, wurden dafür auf ihre langfristige Wirkung im deutsch-französischen Kontext sowie auf den Einfluss auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer untersucht. Wie lange wirken sich die persönlichen



Erfahrungen nach der Teilnahme an einem der Programme aus? Auch der Einfluss auf die beteiligten Institutionen wird näher betrachtet.

Die Untersuchung kann anhand der analysierten mehrjährigen Programme der Robert Bosch Stiftung zeigen, dass in den meisten Fällen eine positive politische und gesellschaftliche Beeinflussung insofern stattgefunden hat, als die Zielsetzungen der Stiftungsprogramme in öffentliche Förderprogramme Eingang gefunden haben. In diesen Fällen konnte der von vielen Stiftungen verfolgte Anspruch eingelöst werden, durch innovatives Handeln eine längerfristige strukturelle Wirkung auf gesellschaftlicher Ebene zu entfalten. Allerdings hat die Studie auch gezeigt, dass im Bereich des Journalismus eine Fortführung der Stiftungsprogramme durch staatliche Akteure aufgrund der notwendigen Unabhängigkeit des Journalismus nicht möglich ist. Es bleibt also eine wichtige Aufgabe privater, gemeinwohlorientierter Stiftungen, freien Journalismus zu unterstützen und die europäische Zusammenarbeit von Qualitätsmedien durch internationale Programme zu fördern.

Frankreich Jahrbuch 2020 erschienen

Der neueste Band des Frankreich Jahrbuches gibt einen Überblick über soziale und territoriale Unterschiede in Deutschland und Frankreich. Diese betreffen die Lebensrealität einzelner Bevölkerungsgruppen ebenso wie den Zugang zu Dienstleistungen des täglichen Lebens und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ausgangspunkt ist Frankreich, wo das Thema verbunden mit der Gelbwestenbewegung ins Zentrum politischer Aufmerksamkeit gerückt ist. Neben einer empirischen Bestandsaufnahme bestehender Ungleichheiten und ihrer Folgen werden anhand konkreter Fallbeispiele Herausforderungen und Lösungsansätze diskutiert.

Der Schwerpunkt beginnt mit zwei allgemeineren Beiträgen, die sich mit der Entwicklung der Raumplanung und der Verwaltungsorganisation in Frankreich befassen (Dominik Grillmayer und Stefan Seidendorf, dfi) bzw. die unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit und ihre räumlichen Implikationen in den Blick nehmen (Nicolas Duvoux, Université Paris 8).

Es folgt eine Beschreibung sozialräumlicher Unterschiede in Deutschland und Frankreich anhand einer Reihe unterschiedlicher Indikatoren (Mathieu Perona, CEPREMAP und Frederick Sixtus, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung). Anschließend gehen drei Beiträge näher auf einzelne Aspekte des Themas



ein, die Stadt-Umland-Problematik am Beispiel von Bordeaux (Jean-Baptiste Rigaudy, ehemals Bordeaux Métropole) sowie die Lebensrealität in von Abwanderung betroffenen Gebieten und den Umgang damit im Grand Est und in Ostdeutschland (Benoit Coquard, CESAER-INRAE und Berthold Vogel, Georg-August-Universität Göttingen).

Der Schwerpunkt schließt mit zwei Beiträgen, die sich mit neuen Formen demokratischer Organisation und Entscheidungsfindung befassen, dem *Grand Débat National* und der *Convention Citoyenne pour le climat* auf nationaler Ebene sowie partizipativen Listen auf kommunaler Ebene anlässlich der letzten französischen Kommunalwahlen (Bernard Reber, Sciences Po Paris und Guillaume Gourgues, Vincent Lebrou und Jessica Sainty, Universités Lumière Lyon-2, de France Comté und d'Avignon). Die Einleitung (Eileen Keller, dfi) führt in das Thema ein und trägt wichtige Einsichten aus den Beiträgen zusammen.

Auf die Beiträge zum Schwerpunktthema folgt der Handbuchteil des Jahrbuchs. Dieser enthält eine Chronik der wichtigsten Ereignisse in Frankreich im Jahr 2020, die Zusammensetzung der französischen Regierung nach der Umbildung vom 6. Juli 2020 sowie die Ergebnisse der französischen Kommunal- und Senatswahlen 2020, ergänzt um kurze Erläuterungen der jeweiligen Wahlmodi. Der Teil enthält außerdem die wichtigsten und zuverlässigsten öffentlich im Internet zugänglichen Quellen zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Basisdaten Frankreichs im europäischen Vergleich sowie eine Aufstellung wichtiger deutschsprachiger Veröffentlichungen zu Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen.

AFA Nr. 36: Europe in the coronavirus crisis. Economic consequences and perspectives for France, Germany and Italy

Die Corona-Krise wird eine stärkere Zäsur in der Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften darstellen als es die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/2008 war. Dies liegt nicht nur an den unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen, die die diversen Lockdowns mit sich brachten, sondern auch an den sich aufgrund der Krise beschleunigenden strukturellen Veränderungen – im Automobilsektor ebenso wie im Bereich der Digitalisierung oder der Bekämpfung des Klimawandels.

Die jüngste Aktuelle Frankreich Analyse nimmt neben den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise und den Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in Frankreich auch die Entwicklungen in Deutschland und Italien in den Blick, weil eine Überwindung der Krise wirtschaftlich



wie gesundheitlich aufgrund des hohen Verflechtungsgrades der drei größten Volkswirtschaften der EU nur gemeinsam gelingen kann. Damit die Analyse auch in Frankreich und Italien möglichst breit gelesen werden kann, ist sie auf Englisch erschienen.

Aus dem Inhalt:

- Politische und wirtschaftliche Ausgangslage
- Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise
- Nationale Stützungsmaßnahmen im Vergleich
- Next Generation EU und die nationalen Konjunktur- und Wachstumspläne
- Offene Fragen und Herausforderungen

Eine wortgleiche Fassung auf Deutsch ist bei der Villa Vigoni erschienen:

► https://www.villavigoni.eu/wp-content/uploads/2021/06/Vigoni-Papers-5_2021_Keller.pdf

„Wählen? Nicht wählen? Warum wählen wir?“

Politische Teilhabe als Querschnittsthema des (bilingualen) Unterrichts in Deutschland und Frankreich

Das Webangebot zur politischen Teilhabe in Deutschland und Frankreich ist Anfang Oktober online gegangen. Realisiert werden konnte es dank der Unterstützung des Kultusministeriums Baden-Württemberg und den *Académies* Strasbourg und Metz-Nancy, ausgearbeitet haben es das dfi gemeinsam mit drei französischen und vier deutschen Lehrkräften.

In Zentrum des Projekts stehen vier Erklärvideos, die eigens dafür produziert wurden. Zu den Themenbereichen

- **Zentralismus – Föderalismus**
- **Wahlen und Wahlsystem**
- **Politische Partizipation**

verfassten deutsch-französische Lehrkräfte-tandems gemeinsam Drehbücher aus einer vergleichenden Perspektive heraus. In den Animationsfilmen, die daraus entstanden sind, treten die Charaktere der deutschen Schülerin Lara und des französischen Schülers Rafael als Fragestellende auf, die von den Zuständen und den Entwicklungen in ihrem Land betroffen sind. So ärgert sich Lara im Clip zum Föderalismus und Zentralismus darüber, dass während der Covid-19-Pandemie in jedem Bundesland andere Regeln galten, wohingegen Rafael beklagt, dass die Zentralregierung in Paris die Situation bei ihm vor Ort bei ihren Bestimmungen zu wenig berücksichtigt.

Im Video zu Wahlen und Wahlsystemen in Deutschland und Frankreich wird gezeigt, inwiefern sich das Verhältniswahlrecht und Mehrheitswahlrecht voneinander unterscheiden und welche Auswirkungen dies auf das politische Leben in beiden Ländern hat. Beim Verfassen der Skripte wurde darauf geachtet, dass die Inhalte unabhängig von den tagespolitischen Entwicklungen möglichst lange gültig bleiben. Aufgrund der Wahlentscheidung der deutschen Wählerinnen und Wähler ist der im September 2021 neu gewählte Bundestag nun aber doch nicht auf 800 Mitglieder angewachsen, wie Lara prognostiziert, sondern auf 736, er hat also „nur“ 27 Mitglieder mehr als der 2017 gewählte Bundestag ...

Welche Formen politische Partizipation annehmen kann, wird im gleichnamigen Video erklärt. Neben dem Wählen handelt es sich um das



Die Schülerin Lara Hinz vom Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach hat für das Projekt die Charaktere Lara und Rafael gezeichnet.

Engagement in politischen Vereinigungen, das Streiken und Demonstrieren und auch die Beteiligung an Bürgerforen oder anderen Arten der direkten politischen Partizipation.

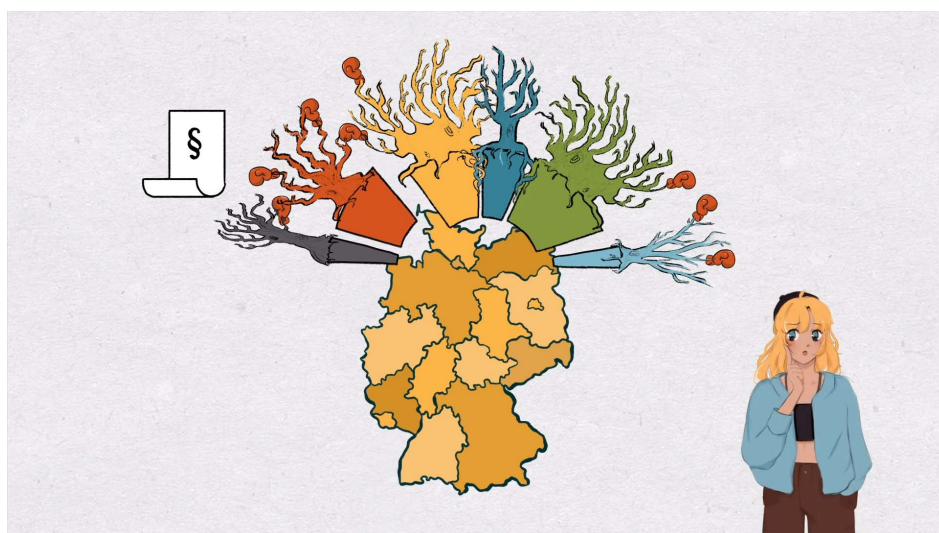
Leider konnten wir keine Lehrkraft aus Frankreich finden, die sich an der Ausgestaltung des Films zur **Integration** beteiligen konnte, und so hat sich Lea Leistenschneider vom Goethe-Gymnasium Ludwigsburg alleine dieses schwierigen Themas angenommen. In ihrem Drehbuch erzählt die deutsche Schülerin Samara davon, dass sie wegen ihres Kopftuchs im Schulalltag und in ihrer Freizeit immer wieder gehänselt wurde. Rafael wundert sich darüber, dass in deutschen Schulen das Tragen eines Kopftuchs erlaubt ist, und so entspinnt sich ein Dialog zwischen den beiden über die Frage, wie Deutschland und Frankreich mit

religiösen und ethnischen Minderheiten umgehen und sich bemühen, sie zu integrieren.

Alle Erklärvideos werden auf der Projektwebsite durch Learning-Apps, Rollenspiele und weitere Unterrichtsmaterialien ergänzt. Sie sollen sowohl in den häufig bilingual unterrichteten Sachfächern Geschichte und Gemeinschaftskunde als auch im Deutschunterricht in Frankreich und im Französischunterricht in Deutschland eingesetzt werden. Primäre Zielgruppen sind Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II in Deutschland bzw. ab der Klassenstufe 10 (*classe de seconde*) in Frankreich.

Das zweisprachige Webangebot ist verfügbar unter
▶ <https://dfi.de/politische-partizipation>

Für weitere Informationen:
Martin Villingner ▶ villingner@dfi.de



Die Schülerin Lara erklärt, wie in Deutschland nach einer Wahl Regierungskoalitionen gebildet werden. (Screenshot)

Verführerisch, romantisch, konservativ

Französische Populärmusik in der BRD der 60er-Jahre

Nach einer einjährigen Pause konnte das dfi am 29. September erstmals wieder einen Vortrag für seine Mitglieder und Freunde anbieten: Die Historikerin Maude Williams referierte über das Forschungsprojekt „Französische populäre Musik in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er-Jahre“.

In den Jahren des „Wirtschaftswunders“ verbesserte sich die Lebensqualität der Jugendlichen beiderseits des Rheins, Radiogeräte oder Schallplattenspieler wurden für viele erschwinglich und die Radiosender spielten in ihren Programmen vermehrt Musik ausländischer Interpreten.

Anfang der 1960er-Jahre begannen deutsche und französische Musiker deshalb Songs in der Sprache des Nachbarlandes aufzunehmen, um sich so ein neues Publikum zu erschließen. Als Beispiel dafür zeigte Maude Williams eine Aufnahme von Peter Kraus, der in einer französischen Fernsehshow „Ce qui veut les jeunes“ intonierte und dazu tanzte. Der popmusikalische Kulturtransfer funktionierte allerdings nur in eine Richtung: Während sich das französische Publikum für frankophone Versuche von Conny Froboess oder Roy Black nicht erwärmen konnte, hörten Jugendliche in der Bundesrepublik begeistert deutschsprachige Interpretationen von Stars des Yéyé wie Françoise Hardy oder France Gall.

Dies führte zu einer paradoxen Entwicklung: Einerseits nahmen deutsche Jugendliche Dank der medialen Präsenz französischer Künstler ihr Nachbarland sehr positiv wahr, andererseits entwickelten sie so ein stereotypisiertes Frankreichbild voller Klischees. Williams zeigte als Beleg für das Verführerisch-Romantische eine Reportage aus der Jugendzeitschrift „Bravo“ von 1967, in der Françoise Hardy Roy Black erklärt, wie man in Paris flirtet. Für das Konservative zitierte sie aus einem Artikel über France Gall, ebenfalls aus der „Bravo“ von 1965: „Und sie lernt bei der Mutter alles, was zur Hauswirtschaft gehört. Denn France will eines Tages heiraten und eine sehr gute Hausfrau sein. Ihr Mann wird es nicht leicht haben. Er muss in ihrem Herzen die Konkurrenz mit Papa Gall aufnehmen.“



Maude Williams mit Plattencovern von Reinhard Mey (damals noch Frederik Mey) und Adamo. © Forschungsgruppe Populärkultur Transnational – Europa in den langen 1960er Jahren (popkult60.eu)

Parallel dazu wurden die Chansons von Künstlern wie Jacques Brel oder George Brassens von einer politisch engagierten deutschen Jugend entdeckt, die sie als authentisch empfand und ihre Texte mit denen von Gedichten gleichsetzte. Davon beeinflusst begannen Liedermacher wie Franz-Joseph Degenhardt, Walter Mossmann oder Reinhard Mey in der Bundesrepublik oder Wolf Biermann in der DDR auf Deutsch

Lieder mit politisch engagierten Texten und Gitarrenbegleitung aufzunehmen. Das Chanson brachte, so der Politikwissenschaftler Claus Leggewie, „Werte wie Zivilcourage, Nonkonformismus, savoir-vivre, Linkssein, Intellektualität (...) ins christdemokratische Deutschland-West und ins bürokratische Deutschland-Ost.“

Anfang der 1970er-Jahre verschwanden die Songs der Yéyé-Sänger aus den deutschen Hitparaden. Williams begründete dies mit dem allgemeinen Abflauen dieser Mode. Den Chansonniers hingegen war es gelungen, sich eine treue Fangemeinde aufzubauen, die auch weiterhin ihre Musik hörte.

Viele der Zuhörer im dfi hatten die Zeit der Yéyés selbst als junge Menschen miterlebt. So konnten sie in die an den Vortrag anschließende Diskussion eigenes Erleben einbringen, wodurch ein lebhafter Austausch entstand.

Martin Villinger ▶ villinger@dfi.de



Françoise Hardy präsentiert „Peter und Lou“, die deutschsprachige Version ihres Erfolgs „Tous les garçons et les filles“ im deutschen Fernsehen. – Screenshot aus dem Youtube-Video „Françoise Hardy – Peter und Lou“ (<https://youtu.be/aJxUjwpVqE>)

Strategien gemeinnützigen Handelns und lokales Engagement von Bürgerstiftungen

Eine weitere Veranstaltung im Rahmen der „Deutsch-französischen Tage der Philanthropie“ fand am 16. September 2021 in Saarbrücken statt.

Der Wunsch, aus dem Stiftungssektor ein deutsch-französisches Thema zu machen, ist nicht neu, auch andere Akteure waren und sind seit vielen Jahren in diesem Bereich aktiv. Die Initiative zur Veranstaltungsreihe „Deutsch-französische Tage der Philanthropie“ wurde von der ASKO Europa-Stiftung und der Fondation de France mit ihrer regionalen Verankerung in der Region Grand-Est ergriffen. Bereits mehrere Veranstaltungen wurden in dieser Reihe durchgeführt, bei denen die Teilnehmer Gelegenheit hatten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und auch interessante neue Aspekte zu entdecken. Eine der wesentlichsten Erkenntnisse ist, dass der Stiftungssektor sowohl in Deutschland als auch in Frankreich seit einiger Zeit eine enorme Dynamik entwickelt hat. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, Partizipation noch weiter zu stärken und eventuelle Reibungspunkte deutlicher sichtbar zu machen, um gemeinsamem Stiftungshandeln noch mehr Perspektiven zu geben.

Die Veranstaltung, die am 16. September 2021 in Saarbrücken in der Stiftung Demokratie Saarland stattfand, hatte zwei thematische Schwerpunkte, die in zwei Ateliers vertiefend diskutiert wurden:

Atelier 1 befasste sich mit den Strategien gemeinnützigen Handelns bzw. der „philanthropie stratégique“. Die wesentlichsten Erkenntnisse aus dieser Arbeitsgruppe lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Trotz aller Unterschiede in der Herangehensweise und der strategischen Ausrichtung überschneiden sich viele der Beweggründe und Ziele der verschiedenen Stiftungen.
2. Es muss Klarheit darüber hergestellt werden, welche Rolle den Stiftungen in demokratischen Gesellschaften zukommt und wie es erreicht werden kann, dass staatliche, zivilgesellschaftliche und philanthropische Akteure miteinander kooperieren.
3. Die Thematik der Demokratie und demokratischen Teilhabe der Zivilgesellschaft, vor allem auf europäischer Ebene, ist vielseitig und bietet Potential für gemeinsame Aktivitäten.



© dfi

4. Um philanthropische Kooperation im deutsch-französischen Kontext auszubauen, muss der Austausch kontinuierlich fortgeführt werden.

Auch in **Atelier 2**, das sich mit dem lokalen Engagement der Bürgerstiftungen bzw. mit der „philanthropie territoriale“ beschäftigte, waren auf den ersten Blick zahlreiche Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich erkennbar, gerade wenn man Bürgerstiftungen mit „fondations territoriales“ vergleicht. Eine Bürgerstiftung ist eine unabhängige, autonom handelnde, gemeinnützige Stiftung von Bürgern für Bürger mit möglichst breitem Stiftungszweck. Bürgerstiftungen arbeiten sowohl operativ als auch fördernd und unterstützen und koordinieren mit ihrer Arbeit bürgerschaftliches Engagement. Bürgerstiftungen gibt es mittlerweile seit 25 Jahren in Deutschland. Fast zeitgleich sind sie auch in Frankreich entstanden. Eine „fondation territoriale“ befähigt die Bürger dazu, Aktionen durchzuführen, sich zu beteiligen, es verleiht ihnen eine Stimme. Gemeinsame gesellschaftliche Werte sind dabei wichtiger als individuelle Werte oder Sonderwerte. Die französische „fondation territoriale“ geht damit in Richtung der deutschen Bürgerstiftung, aller-

dings haben viele „fondations territoriales“ nur einen einzigen Förderzweck. In Frankreich sind die Entwicklungen auf diesem Gebiet immer noch etwas zögerlich, da Entscheidungen nach wie vor sehr zentral vom Staat getroffen werden. Schaut man sich Beispiele konkreten Stiftungshandelns beider Länder auf dieser Ebene an, erkennt man, dass es doch viele Parallelen gibt, z.B. von der Methodik her oder im Hinblick auf Vernetzung. Eine wichtige Entwicklung in Frankreich ist die deutliche Zunahme der Vernetzung bei Akteuren der Gemeinnützigkeit, was einen sehr positiven Einfluss auf die Projekte selbst hat. Auch die Ziele des Stiftungshandelns gleichen sich zwischen beiden Ländern stark, wodurch eine Kooperation zwischen deutschen und französischen Akteuren erleichtert werden sollte.

Insgesamt konnte man durch den sehr fruchtbaren Austausch der Teilnehmer untereinander im Rahmen der Veranstaltung erkennen, dass es viele Anknüpfungspunkte und zahlreiche Perspektiven für eine Fortführung der Initiative im Bereich der Philanthropie bzw. des Stiftungshandelns gibt. Besonders hervorgehoben wurden von den Teilnehmern folgende Aspekte:



asko
europa
stiftung



Stiftung Demokratie Saarland

Fortsetzung von Seite 13

1. Der praktische Austausch in Bezug auf Maßnahmen sollte zwischen beiden Ländern verstetigt werden, gerade im Bereich Bürgerstiftungen bzw. *fondations territoriales*.
2. Die europäische Ebene ist wichtig und sollte intensiviert werden, um einen Austausch mit Stiftungsakteuren aus anderen europäischen Ländern zu ermöglichen.
3. Auch was die Forschungsdimension im Bereich Philanthropie angeht, sollte man in der Lage sein, eine „europäische Perspektive“ anhand von Fachliteratur entwickeln zu können, da es interessant wäre zu sehen, was es in der europäischen philanthropischen Forschungslandschaft alles zu entdecken gibt. Ein verstärkter Austausch wäre daher auch im Bereich Forschung wünschenswert.

Susanne Gehrig ▶ gehrig@dfi.de



© dfi

FrankreichBibliothek

Präsenz-Veranstaltung

Neues Deutschland – neues Deutschlandbild?



Jean-Samuel
Marx.
© privat

Anderthalb Jahre später als ursprünglich geplant wird der Historiker Jean-Samuel Marx über Selbstdarstellung und Rezeption der Berliner Republik in Frankreich seit 2009 im dfi vortragen.

Die Wiedervereinigung veränderte Deutschland nicht nur im Inneren, sondern wirkte sich auch auf die deutsche Stellung in Europa und der Welt aus. Die neuen Rahmenbedingungen sowie der Generationswechsel in der Politik führten in den Folgejahren zu einer Veränderung der deutschen

Selbstdarstellung und veränderten so die Wahrnehmung Deutschlands im Ausland.

In seiner Dissertation, die 2019 im Ferdinand Schöningh-Verlag erschienen ist, hat Jean-Samuel Marx untersucht, wie sich das wiedervereinigte Deutschland in Frankreich um eine positive Wahrnehmung bemüht hat, und wie sich dies auf das Deutschlandbild der französischen Öffentlichkeit ausgewirkt hat.

Bei seinem Vortrag am Mittwoch, dem 24. November, um 18.30 Uhr im dfi wird er erläutern, anhand welcher Faktoren die Entwicklung nachvollzogen werden kann und inwiefern die eigene Präsentation der Bundesrepublik und ihre Rezeption miteinander korrelieren. Besonders eingehen wird er auch auf die Frage, ob sich die Bundesrepublik allmählich von ihrer Vergangenheit emanzipieren konnte und ob die Krisen der letzten Jahre dazu geführt haben, dass Deutschland in Frankreich häufig eher als Musterschüler oder eher als egoistischer Spalter Europas wahrgenommen wird.



Die Dissertation von Jean-Samuel Marx ist erschienen bei Ferdinand Schöningh, [2019]. ISBN: 978-3-657-70274-9

Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein und bitten um Anmeldung über unser Anmeldeformular im Internet

„Neues Deutschland – neues Deutschlandbild?“:
▶ <https://www.dfi.de/deutschlandbild>
(bis 22. November)

oder per Post, Fax oder Mail:

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Str. 34
D71634 Ludwigsburg
Tel: 07141 93 03 – 0
Fax: 07141 93 03 – 50
veranstaltung@dfi.de

Bei dieser Veranstaltung gilt die

2G-Regel.

Nur vollständig gegen das Corona-Virus Geimpften oder von einer Infektion Genesenen wird Zutritt gewährt.



Dual, deutsch-französisch und europäisch studieren: eine tolle Chance



Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) engagiert sich für die Entwicklung des dualen Studienmodells im Hochschulsystem auf deutsch-französischer und europäischer Ebene.

Ein duales Studium bietet Studierenden, Hochschulen und Unternehmen viele Vorteile, da es den Berufseinstieg von jungen Leuten erleichtert und spezifische Personalbedürfnisse von Arbeitgebern bedienen kann. Doch die Entwicklung von dualen Studienprogrammen auf transnationaler Ebene wird oft durch Vorurteile oder Unwissenheit sowie durch juristische Unterschiede bei der Implementierung eines solchen Modells verhindert – auch zwischen zwei engen Partnern wie Frankreich und Deutschland.

Seit mehreren Jahren setzt sich die DFH aktiv für einen gemeinsamen deutsch-französischen und europäischen Rahmen für duale Studiengänge bei politischen und wirtschaftlichen Akteuren ein. Gemeinsam mit ihren Partnern hat sie bereits 2018 eine Arbeitsgruppe zusam-

mengestellt, um die Hürden des deutsch-französischen dualen Studienmodells zu identifizieren und zu überwinden. Die DFH engagiert sich auch in der Praxis: Aktuell unterstützt sie vier duale Studiengänge in Bereichen wie Mechatronik, Management oder Weinbau. Derzeit sind mehr als 400 Studierende in diesen Studiengängen eingeschrieben. Zudem fördert die DFH auch die Entwicklung innovativer Pilotprojekte, unter anderem in der Luftfahrtindustrie in Partnerschaft mit den großen deutsch-französischen Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind.

Um die Vorteile eines dualen Studiums bekannter zu machen und die verschiedenen Akteure dieses Studienmodells zu mobilisieren, hat die DFH zusammen mit ihren Partnern, der Deutsch-französischen Industrie- und Handelskammer, ProTandem, dem DFJW und der Universität Paris Dauphine Mitte September 2021 eine bilinguale Kommunikationskampagne unter dem Motto: „Duale Ausbildung: der Weg zum Erfolg“ gestartet. Das Abenteuer der deutsch-französischen und europäischen dualen (Hochschul-)Ausbildung fängt jetzt an!

Mehr erfahren:

► <http://www.campagne-alternance.com/index-de.html>

Bi- und trinationale duale Studiengänge, die von der DFH aktuell unterstützt werden

-  European Management Studies
 Hochschule Reutlingen / EM Strasbourg Business School
-  Mechatronik Trinational
 DHBW Lörrach / Université de Haute-Alsace / FHNW Muttenz (Schweiz)
-  International Business Management – trinational
 DHBW Lörrach / Université de Haute-Alsace / FHNW Basel (Schweiz)
-  Dualer deutsch-französischer Master Weinbau & Oenologie
 Université de Haute-Alsace / Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen

Termine

22. – 26. November 2021

Studienreise für ehemalige Stipendiaten der Robert Bosch Stiftung nach Paris

29. November 2021

„Strategien zur Stärkung des regionalen Zusammenhalts“, Diskussionsveranstaltung im Goethe-Institut Paris (in Zusammenarbeit mit der Wüstenrot Stiftung)

17. Dezember 2021

Mitgliederversammlung des dfi

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abonnieren:

► <http://www.dfi.de/storno>

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
 Asperger Straße 34
 D-71634 Ludwigsburg
 Tel +49 (0)7141 93 03 0
 Fax +49 (0)7141 93 03 50

► www.dfi.de

► info@dfi.de

Redaktion: Irene Lindauer-Grözinger
 Übersetzung: Verena Froidevaux
 Verantwortlich für den Inhalt:
 Prof. Dr. Frank Baasner

